

**FRANK**

**FURT**

**2030+**

**FRAGEN UND ANTWORTEN AUS DER  
INFORMATIONSVIERANSTALTUNG  
ZUM INTEGRIERTEN  
STADTENTWICKLUNGSKONZEPT**



Am 24. Juni 2019 fand im Planungsdezernat die Informationsveranstaltung zum integrierten Stadtentwicklungskonzept (iStEK) statt. Im Rahmen der Veranstaltung hatten die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, ihre Fragen und Anregungen zur integrierten Stadtentwicklung aufzuschreiben. Das Stadtplanungsamt hat die offenen Fragen im Originaltext aufgenommen und – soweit möglich – im ersten Abschnitt beantwortet. Alle Anregungen und Kommentare, die keine Fragen beinhalteten, sind ebenfalls im Originaltext aufgenommen. Diese finden Sie ab Seite 12.

# **FRAGEN UND ANTWORTEN**

## **1. Warum gibt es keine Baugebote (mit Bußen) analog Tübingen: §128 BauGB? Wichtig für ehem. „Dörfer“ bei derartiger „Kümmernutzung“**

Gebote nach dem Baugesetzbuch (BauGB) sind ein sehr starker Eingriff in die Eigentumsrechte und werden daher nur in begründeten Einzelfällen eingesetzt.

## **2. Gibt es Untersuchungen, woher die vielen Menschen kommen, die nicht nur nach FFM, sondern in alle Städte, selbst kleine Städte ziehen? Hat es vielleicht etwas damit zu tun, dass in ländlichen Bereichen Dörfer, abgelegene Orte aufgegeben wurden, weil Infrastruktur zerstört wurde u. wir uns jetzt wundern, dass so viele Menschen ins „tolle FFM“ wollen. Ist es nicht billiger, den ländlichen Raum wieder aufzubauen, als immer neue Stadtteile zu bauen u. die Städte zu Megastädten aufzupusten?**

Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung beschäftigt sich mit der Raumbeobachtung in der gesamten Bundesrepublik, z.B. zum Thema Landflucht oder Wachsen und Schrumpfen von Städten

<https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/IzR/2016/2/Inhalt/inhalt.html>

<https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Raumbeobachtung/Raumabgrenzungen/deutschland/gemeinden/wachsend-schrumpfend-gemeinden/begleitinformation.html>

In der Bundesrepublik besteht die Freiheit, den Wohnort selbst zu bestimmen, ebenso wie die Freiheit der Standortwahl für ein Unternehmen. Steuerungsmöglichkeiten bestehen durch Förderung von Unternehmen. Dies liegt im Zuständigkeitsbereich der Europäischen Union, der Bundesregierung und der Länder.

## **3. Wann kommt der neue Generalverkehrsplan als Teil der Stadtentwicklung?**

Alle Diskussionen zu einer stadt- und menschenverträglichen Abwicklung der Mobilitätsbedürfnisse laufen darauf hinaus, dass der öffentliche Personennahverkehr als Rückgrat anzusehen ist. Insbesondere dem schienengebundenen Verkehr wird dabei eine hohe Bedeutung beigemessen. Um dieser Bedeutung gerecht werden zu können, wird man den Ausbau von Schienenstrecken voranzutreiben haben. Aufbauend auf dem jetzt vorliegenden und als Grundlage erforderlichen integrierten Stadtentwicklungskonzept wird aktuell ein Vergabeverfahren für die Beauftragung der Erarbeitung des Gesamtverkehrsplans Teil Schiene durchgeführt. Zu welchem Zeithorizont die Fertigstellung erwartet werden kann, hängt u.a. von dem Ergebnis des angestoßenen Vergabeverfahrens und der sich daraus ergebenden Beauftragung ab.

#### **4. Wann kommt die 20 Km - Zone in der City, um „Show“ „Protfahrer etc.“ das Handwerk zu legen?**

Der Magistrat der Stadt Frankfurt am Main hat bereits in Teilbereichen der Innenstadt verkehrsberuhigte Geschäftsbereiche mit Tempo 30km/h festgelegt. Der Bericht zum verkehrsberuhigten Verkehr Geschäftsbereich Innenstadt (B 253) zeigt, wo eine Verkehrsberuhigung vorgesehen ist. ([https://www.stvv.frankfurt.de/download/B\\_253\\_2018.pdf](https://www.stvv.frankfurt.de/download/B_253_2018.pdf)). Aus Gründen der Einheitlichkeit bei allen verkehrsberuhigten Geschäftsbereichen sollte es überall bei der gleichen Geschwindigkeit von 30 km/h bleiben. Im Übrigen sind die Verkehrsteilnehmer mit dieser Geschwindigkeit aus den Tempo 30 Zonen vertraut.

#### **5. „Umweltgerechte Mobilität“ < iStEK > vs. 8 - spuriger Ausbau der Ortsumgehung mitten durch die Stadt: Warum wehrt sich Frankfurt mit keinem Wort? < Verkehrsknoten A66 / A661 >**

Die Planung der Autobahnen ist Angelegenheit des Bundes und wird (noch) in Auftragsverwaltung durch Landesbehörden durchgeführt. Die Stadt als Betroffene kann sich lediglich im Rahmen des Verfahrens zur Planrechtsschaffung äußern.

#### **6. Wann beabsichtigt die Stadt Frankfurt, den wachsenden Bedarf an barrierefreien Wohnungen im Neubau + im Bestand zu entsprechen?**

Der Magistrat der Stadt Frankfurt am Main setzt sich kontinuierlich für barrierefreien Wohnraum, sowohl im Neubau, als auch im Bestand ein.  
Eine Möglichkeit, die entsprechend wahrgenommen wird, ist die Umsetzung der Hessischen Bauordnung (HBO), nach der die Bauherrschaft einen gewissen Anteil an barrierefreiem Wohnraum schaffen muss. Darüber hinaus beinhalten städtische Förderprogramme explizit auch den Aspekt der Barrierefreiheit. Für den Bestand ist z.B. das „Frankfurter Programm zur Modernisierung des Wohnungsbestandes“ zu nennen. Im Zusammenhang mit den Förderprogrammen zum geförderten Wohnungsbau „Frankfurter Programm für den Neubau von bezahlbaren Mietwohnungen: Förderweg 1 und Förderweg 2“ berät das Stadtplanungsamt regelmäßig Investoren zum barrierefreien Bauen und dessen Umsetzung.

#### **7. Hochspannungsleitungen 380 kV: Wie kann die Stadt verantworten, dass auf dem Riedberg ein Kindergarten in 50m Abstand zur 380 kV-Leitung eingerichtet wird, wo doch der LEP 400m Abstand verlangt?**

Der pauschalisierte Abstand von 400 Metern wurde mit Inkrafttreten des Landesentwicklungsplanes (LEP) am 11. September 2018 festgelegt. Bis zu diesem Zeitpunkt wurde die Einhaltung von Grenzwerten einer elektromagnetischen Belastung durch Gutachten abgesichert.

## **8. Städte wie Paris / London sind vielleicht nicht die ganz passenden Benchmarks ....(Größenordnung, Struktur, Historie....) Wie wäre es mit Lyon, Zürich, etc.?**

Der Blick zu europäischen Metropolen dient in der Regel der Horizonterweiterung und der Ideenfindung.

Ein Austausch und echter Vergleich findet mit anderen deutschen Städten in den Fachkommissionen des Deutschen Städtetags statt. Das Stadtplanungsamt ist in den Kommissionen Stadtplanung und Stadtentwicklung vertreten. Fach- und projektbezogen findet auch ein direkter Erfahrungsaustausch mit einzelnen Städten statt.

## **9. Sind andere Metropolen wirklich veritable/valide Benchmarks?**

siehe Antwort Nummer 8

## **10. Welche Rolle spielen bei dem städtebaulichen Konzept leerstehende Wohnungen? Wieder der Wohnnutzung zuzuführen + den Wohnflächenverbrauch zu begrenzen, um Neubau zu reduzieren?**

Die hessischen Kommunen haben keine Handhabe gegen leer stehende Wohnungen vorzugehen. Die gesetzliche Grundlage (Art. 6 Mietrechtsverbesserungsgesetz (MietRVerbG), Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum) wurde vom Land Hessen außer Kraft gesetzt. Seitdem setzt sich der Magistrat der Stadt Frankfurt für die Wiedereinsetzung ein.

## **11. Wie werden Flächen gesichert? Warum wird nicht nach Urteil des Bundesverfassungsgerichts 1967 gegen Bodenwertsteigerungen vorgegangen? „Münchener Aufruf 2018“**

Das Stadtplanungsamt erarbeitet zurzeit einen Baulandbeschluss zur sozial gerechten Bodenordnung. Hiernach soll bei der Aufstellung von Bebauungsplänen für neue Wohngebiete festgelegt werden: ein Anteil von 30 % der vorgesehenen Bruttogeschossfläche für geförderte Wohnungen und 15 % für gemeinschaftliches und genossenschaftliches Wohnen.

## **12. Gibt es Zahlen zu Wohnraumzweckentfremdung in der Stadt z.B. Air BnB?**

Gemäß dem Jahresrückblick der Bauaufsicht Frankfurt wurden im Jahr 2018 121 zweckentfremdete Wohnungen wieder dem Wohnungsmarkt zugeführt, davon 83 Ferienwohnungen. Die Zahlen der vergangenen Jahre lassen sich hier nachlesen: [https://www.bauaufsicht-frankfurt.de/uploads/media/Pressekonferenz\\_2018-2019\\_komplett\\_07032019\\_07.pdf](https://www.bauaufsicht-frankfurt.de/uploads/media/Pressekonferenz_2018-2019_komplett_07032019_07.pdf)

### **13. Anlässlich des 100 jährigen Jubiläums des „Neuen Frankfurts“ könnte man fragen: „Wie kann die öffentliche Hand nach dem Privatisierungswahn den Zugriff auf Grund und Boden zurück gewinnen?“**

In Ausnahmefällen und bei dem Bestehen eines erhöhten Bedarfs unter anderem an Wohn- und Arbeitsstätten kann eine Flächensicherung durch Anwendung einer städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme stattfinden. Gemäß den §§ 165 ff Baugesetzbuch (BauGB) wird die Kommune hierbei in die Lage versetzt, die Bodenwertsteigerung durch Planung/Bebauung selbst abzuschöpfen und damit die Entwicklung des Gebietes (Erschließung durch Wasser/Abwasser, Straßen, öffentlicher Nahverkehr, Schulen, Kindertagesstätten, Parks etc.) zu finanzieren.

### **14. Warum nicht Bestandserweiterung (z.B. Aufstockung) denken?**

Im Rahmen der Erarbeitung des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts wurden gesamtstädtisch die Möglichkeiten der Nachverdichtung geprüft.

### **15. Denken Sie an die 43%! Wie viel darf eine Wohnung für diese Menschen kosten?**

Um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, verfolgt die Stadt Frankfurt am Main unterschiedliche Ansätze.

Bei der Ausweisung neuer Baugebiete werden 30 % der ermöglichten Bruttogeschosßfläche Wohnen als geförderter Wohnraum vorgegeben.

Die Stadt Frankfurt am Main stellt jährlich ca. 45 Millionen Euro für den geförderten Wohnungsbau zur Verfügung, um Wohnraum für geringe und mittlere Einkommensbezieher zu schaffen.

Die Nettokaltmieten liegen zwischen 5 – 10,50 €/m<sup>2</sup> Wohnfläche je nach Förderweg und Höhe des bereinigten Nettoeinkommens eines Haushaltes.

Zudem verlängert die Stadt Frankfurt am Main in Teilen die Belegrechte der aus der Bindung fallenden Sozialwohnungen. Somit wird die Bezahlbarkeit von Wohnungen auch nach Ablauf der Bindungsfrist gesichert.

Darüber hinaus erwirbt sie kontinuierlich Belegrechte an Bestandswohnungen.

Bei der Bereitstellung preiswerten Wohnraums spielen die Wohnungsbaugesellschaften, ABG Frankfurt Holding GmbH (städtische Beteiligung zu 99,9%) und die Nassauische Heimstätte (städtische Beteiligung zu 30%) eine wesentliche Rolle.

Beim Neubau errichten sie im Schnitt deutlich mehr als 40 % geförderte Wohnungen. Im Bestand liegen ihre Mieten im freifinanzierten Bereich deutlich unter der ortsüblichen Vergleichsmiete nach Mietspiegel.

Die Stadt Frankfurt am Main unterstützt darüber hinaus gemeinschaftlich und genossenschaftliche Wohnprojekte, da diese nicht renditeorientiert sind und deshalb dauerhaft stabile Mieten gewährleisten.

## **16. Zu großen Wohnungen mit Einzelpersonen: Wann startet die Stadt einen Service, um diesen Personen den Umzug in kleine Wohnungen zu ermöglichen?**

Es gibt bereits seit Jahren beim Amt für Wohnungswesen ein städtisches Programm für Bewohner/innen von öffentlich geförderten Wohnungen, die sich verkleinern wollen. Ihnen wird eine kleinere Wohnung vermittelt und sie erhalten zusätzlich eine Prämie. Nähere Infos gibt es hier: [https://www.frankfurt.de/sixcms/media.php/738/3\\_5\\_infoblatt\\_wohnungstausch\\_08\\_2018.pdf](https://www.frankfurt.de/sixcms/media.php/738/3_5_infoblatt_wohnungstausch_08_2018.pdf)

## **17. „Förderung vielfältiges und neues Wohnformen“ (gemeinschaftliches Wohnen) Wie erfolgt diese Förderung? Wie wird Vielfalt sichergestellt?**

Die Stadt hat vor einigen Jahren beim Amt für Wohnungswesen eine Koordinations- und Beratungsstelle für gemeinschaftliches Wohnen in Frankfurt am Main eingerichtet. Hier werden Bürgerinnen, Bürger und Initiativen, die an gemeinschaftlichen Wohnformen interessiert sind, beraten und unterstützt. Dazu gehört die Vermittlung von Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern zum gemeinschaftlichen Wohnen sowie die Organisation und Umsetzung der jährlich stattfindenden „Frankfurter Informationsbörse für gemeinschaftliches und genossenschaftliches Wohnen“. Weiter vergibt die Stadt Frankfurt am Main über einen Liegenschaftsfonds Häuser oder Flächen an gemeinschaftliche und genossenschaftliche Wohnprojekte. Seit 2016 wurden in vier Stadtteilen Flächen an fünf Wohnprojekte vergeben. Sie sind sehr unterschiedlich und bereichern nach der Baufertigstellung vielfältig die Nachbarschaft.

Weitere Informationen gibt es unter den Internetadressen:

<https://www.frankfurt.de/sixcms/detail.php?id=4738901> und  
<https://www.gemeinschaftliches-wohnen.de/>

**18. An der Staufenmauer war ein Kinderspielplatz. Wegen der Touristenführung wurde er entfremdet. 12 Kinder toben vor unserer Haustür, spielen Fußball. Warum vermag die Stadt, für Kinder kein Spielbereich, Jugendhaus für 10-12 Jahren zu schaffen?**

Bis vor wenigen Jahren befand sich tatsächlich ein kleiner Spielplatz an der Staufenmauer im öffentlichen Raum im unmittelbaren Anschluss zu der Wohnbebauung von Vonovia. Dieser Spielplatz würde aus Sicherheitsgründen wegen der zahlreichen Besucher aus der Frankfurter „Szene“ (wie z.B. Drogenhändler, Drogensüchtige, Alkoholabhängige und Obdachlose) geschlossen.

Der Bereich um die Staufenmauer soll voraussichtlich in den nächsten 2 Jahren umgestaltet werden. Durch die Neugestaltung des Platzes „An der Staufenmauer“ soll die Aufenthaltsqualität des Bereiches gesteigert werden. Wir gehen davon aus und hoffen, dass durch die Neuordnung der Flächen das bisherige „Publikum“ diesen Bereich nicht mehr so intensiv in Anspruch nehmen wird wie bisher. Erst wenn wir mit unserer Umsetzung spürbar erfolgreich sind, kann über eine Spielplatzplanung in diesem Gebiet wieder nachgedacht werden.

Zunächst ist die private Wohnungsbaugesellschaft verpflichtet, sich um die Freiraumgestaltung ihrer Anlage zu kümmern und dort auch angemessen einen Spielplatz in hinreichender Größe nachzuweisen. Das muss nicht zwingend auf öffentlicher Fläche erfolgen.

Als Alternative können die Kinder gegenwärtig das naheliegende große Mainufer mit dem vielfältigen Freizeitangebot in Anspruch nehmen.

**19. Laut Ihrer Broschüre gehört der Gewerbebestandort Sossenheim - Rödelheim zu den Schwerpunkträumen bei der Entwicklung. Auch unter Betrachtung, dass im Gewerbegebiet Gaugrafenstraße ein neues Unternehmen hinzukommen soll, wird sich die jetzt schon hohe Verkehrsbelastung noch erhöhen. Welche konkreten verkehrspolitischen Lösungen sind angedacht? Eine bessere ÖPNV-Anbindung sowie ein sicherer Fahrradweg sind dringend nötig. Wird beabsichtigt, an den Bund heranzutreten bzgl. einer neuen Autobahnab- und auffahrt? Wenn dies geschieht, wäre es zudem sinnvoll, bezahlbaren Wohnraum in diesem Gebiet zu schaffen, wenn das Areal der Flint Group aufgekauft wird.**

Eine verbesserte Autobahnbindung für den Entwicklungsraum Rödelheim wird von städtischer Seite angestrebt um die gewerblichen Flächenpotenziale besser aktivieren zu können. Hierbei steht die Stadt in Kontakt mit den zuständigen Stellen des Landes Hessen sowie des Bundes. Eine verbesserte Anbindung des ÖPNVs sowie eine prägnantere Radwegeinfrastruktur sind ebenfalls angedacht. Ein Beispiel wäre die zukünftig am Gewerbegebiet Sossenheim entlang verlaufende Regionaltagente West mit dem Haltepunkt „Eschborn Süd“. Eine Ausweisung von Wohnflächen wird in diesem Schwerpunktraum nicht angestrebt, da diese im Widerspruch zu der Stärkung des dortigen Gewerbes stehen würden.

## **20. Qualität im Quartier entsteht auch durch qualitätsvolle Architektur! Wie sollen ästhetische Katastrophen wie Europaviertel verhindert werden?**

Derzeit werden vom Stadtplanungsamt und der Bauaufsicht Frankfurt Leitlinien für städtebauliche Qualität erarbeitet. Im September findet hierzu eine öffentliche Veranstaltung statt. Die Leitlinien dienen dazu, das Thema Qualität stärker im Bewusstsein aller am Entstehungsprozess Beteiligter und der Nutzer zu verankern. Die Leitlinien wenden sich an die Verwaltung, Architekten, Entwickler, Bauherrnschaft und natürlich an die breite Frankfurter Bürgerschaft. Zukünftig sollen dann die Leitlinien in regelmäßig stattfindenden Symposien weiterentwickelt werden, um aktuelle Themen und deren Bedeutung für die Qualitäten im Städtebau immer aktuell zu diskutieren und definieren.

## **21. Welche Maßnahmen zur Aufwertung von Bestandsvierteln sind geplant? - Europaviertel: wenige Bäume, gesichtslose Straßenzüge, keine Begegnungsorte (Laube, Liebe, Hoffnung) viele Parkplätze -Riedberg: siehe oben -Gallus: hohe Nachverdichtung aber keine Anpassung im Nahverkehr Straßenbahnen überfüllt, so dass man nicht einsteigen kann**

Zur Stärkung der Stadtteile werden z.B. Maßnahmen zur Aufwertung des öffentlichen Raums ebenso wie Stadterneuerungsverfahren durchgeführt. Daneben wird zurzeit das Einzelhandels- und Zentrenkonzept zur Sicherung der Nahversorgung und der Ortsmitten fortgeschrieben ebenso wie das Gewerbeflächenentwicklungsprogramm zur Sicherung und Stärkung der Gewerbegebiete.

In den neuen Quartieren Europaviertel und Am Riedberg sind neben dem Bau von Schulen, Kindertagesstätten, öffentlichen Plätzen, Nahversorgungszentren auch zahlreiche Bäume im öffentlichen Raum gepflanzt worden und zusätzliche Grünflächen entstanden: 80 ha Grünflächen am Riedberg und 17 ha im Europaviertel. Im Übrigen ist in beiden Gebieten die Entwicklung noch nicht abgeschlossen.

Der Magistrat prüft laufend den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs: durch Erhöhung der Taktung und der Fahrzeuggrößen. Zur Entlastung im Gallus ist bereits eine zusätzliche Straßenbahnlinie eingesetzt worden (Linie 14).

## **22. Wie wird verhindert, dass Wohnungen in Mischgebieten noch Wohnqualität haben? (Ich wohne direkt an der Konstabler Wache ~ 20 Jahre Heute kann ich selten 2 Nächte in der Woche durchschlafen. Lärm: Anlieferung: Bahnhofsebene Konstablerwache Food (Basta Pasta, RMV - Nachtverkehr + Fahrgäste, Auf- + Abbau von Veranstaltungen, Stadtreinigung mitten in der Nacht, Polizeisirenen, usw. usw.)**

Das Wohnen in Innenstadtlagen kollidiert mit dem Ziel lebendiger Innenstädte und ist bedauerlicherweise mit Zumutungen verbunden.

### **23. Wie stellt sich das Konzept Frankfurt 2030+ die „Zusammenarbeit“ mit den umliegenden Gemeinden z.B. OF bei der Planung von Wohnungen vor? (Hafen OF, Goethequartier z.B.)**

Die institutionalisierte Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden erfolgt über den Regionalverband FrankfurtRheinMain. Eine direkte Zusammenarbeit findet projektbezogen statt z.B. der Bau von Wohnungen der städtischen Wohnungsbaugesellschaft ABG Holding Frankfurt im Offenbacher Hafengebiet oder das gemeinsame Gewerbegebiet mit Maintal.

### **24. Wie groß ist der Verlust an Bauland durch die Siedlungsbeschränkung, nötig durch den Flughafenausbau?**

Die Abgrenzung des Siedlungsbeschränkungsgebiets ist im Regionalen Flächennutzungsplan (RegFNP) festgesetzt. Im Rahmen der Aufstellung des RegFNP sind im Jahr 2006 Flächen für den Bau von 2.900 Wohnungen entfallen. Der letzte Flughafenausbau hat zu keinen weiteren Flächenverlusten geführt.

### **25. Die Stadtplaner haben keinen Auftrag vom Bürger. Die Verfahren sind intransparent, undemokratisch. Frankfurter wollen keine neuen Hochhäuser. Die sind totes Kapital, nur für Spekulation. Daraus folgen alle Probleme der Stadt. Es braucht einen Hochhausentscheid! Der Magistrat ist Handlanger des Kapitals und der Spekulanten. Siehe seine Einladungen jedes Jahr in Cannes auf der Mipim. Wer profitiert?**

Die vom Stadtplanungsamt durchgeführten Projekte und Maßnahmen sind von der Stadtverordnetenversammlung beauftragt. Die Beschlüsse hierzu sind öffentlich und können im Parlamentarischen Informationssystem nachgelesen werden

<https://www.stvv.frankfurt.de/parlis2/parlis.html>

Die Stadtverordnetenversammlung wird direkt von den Frankfurter Bürgerinnen und Bürgern gewählt.

### **26. Wo ist die „Aufforstung“ / „Erweiterung“ von Grünflächen?**

Aufforstungsflächen sind innerhalb des Stadtgebiets von Frankfurt kaum vorhanden. Zudem stehen diese meist in Konkurrenz zu der bestehenden Nutzung als landwirtschaftliche Flächen. Die Erweiterung von öffentlichen Grünflächen ist allerdings ein kontinuierliches Planungsziel. In jedem neuen Stadtteil, wie dem Riedberg oder dem Europaviertel, werden neue Grünzüge und Parkanlagen angelegt. Innerhalb der bestehenden Bebauung ist es zum Beispiel geplant, den Günthersburgpark langfristig zu erweitern. So war in den letzten Jahren möglich, den Anteil an öffentlichen Grünflächen pro Einwohner sogar zu erweitern.

# **ANREGUNGEN UND KOMMENTARE**

**Herzlichen Glückwunsch, zu diesem Konzept, wenn wir in den 80 er Jahren des vorigen Jahrhunderts wären. Klimatologisch fliegt uns in nicht allzu langer Zeit die ganze Scheiße um die Ohren und die Politik tut so gut wie nichts. Mein Vorschlag: Grünflächen erhalten & entsiegeln, was geht**

**Ich finde der gesundheitliche Aspekt von Grünraum in der Stadt (wohnungsnah) kommt überhaupt nicht vor. Dazu gibt es viele wissenschaftliche Studien. Das ist auch ein sozialer Aspekt, Gesundheit der Einwohner**

**Die Stadt wird weiter versiegelt, die Grünflächen passend für den Beton zu-rechtgestutzt, dezimiert, vor allem in deren Qualität. Für „unsere Sauerstoffpro- duktion“ ohne die wir nicht überleben werden! Denn die CO2 Emissionen wer- den weiter steigen und damit setzt sich die fortschreitende Erderwärmung fort.**

**Neue Wohnungen im Tausch für das neue Panorama-Bad aber nur wenn nicht 40 Bäume gefällt werden. Bzw. Eine Brauchwasser-Anlage für die Kleingärten realisiert werden wird. Ökologisch sinnvoll. Bitte realisieren. Danke.**

- 1. Nirgends ist mehr die Rede davon, den Leerstand endlich zu beheben: Gewerbe als auch Wohnraum!**
- 2. Bis 2030+ werden wie im Wald auch 70% des Baumbestandes vertrocknet sein oder gefällt sein - dann hat sich „das Grün“ erledigt +**
- 3. Wir werden „ersticken“ bzw. der Klimawandel wird uns „überrollen“!**

**Zügiger Ausbau des schienengebundenen ÖPNV Stadtverkehrs. Z.B. Stadtbahn Ginnheim-Bockemheimer Warte und andere.**

**Vorschlag: Autofreie Innenstadt! Das wäre für die Menschen in der Stadt eine Wohltat!**

**Wir wohnen seit 49 Jahren in der Fahrgasse, die Veränderung ist so brutal geworden. Nur noch 12 ehemalige Nachbarn in der Umgebung. Alle anderen sind weggezogen wegen der miserablen Zustände die sich entwickelt haben. Kriminalität, Drogenhandel dermaßen zugenommen. Man fühlt sich nicht mehr als Frankfurter, Touristenströme ohne Ende verdrecken die Stadt. Vermüllung ziehen Ratten, Ungeziefer an. Die Luft ist im Sommer so heiß und Stickig. Die Berliner Str. ist ein Verkehrschaos, der Stau in die Fahrgasse erzeugt soviel Feinstaub. Sämtliche Anwohner leiden gesundheitlich!!!**

**Neubaubereich: Forderung !!! Bereits in der Baugenehmigung/Bebauungsplanung müssen ausreichende Betreuungseinrichtungen, Grundschulen und weiterführende Schulen (für alle Bildungsgänge) verbindlich und verpflichtend vorgeschrieben werden! Kein „Freikaufen“ der Investoren!!!**

**Schaffung von kind-/jugendlich gerechten Angeboten → Turnhallen, Schwimmbäder, Sportstätten ! Kurze Wege, Realisierung in den einzelnen Quartieren auch im Hinblick auf die Klimaziele! Wohnortnahe weiterführende Schulen.**

**Kinderinteressenberücksichtigen:**

**Mir fehlen leider in der Gesamtkonzeption die Interessen der Kinder, die durchaus auch befragt werden können - Kinder sind unsere Zukunft! Kinder brauchen - besonders als zukünftige „Ganztagsschüler“ - Platz! Und eine lebenswerte Umgebung. Dazu gehören auch die notwendige Möglichkeit, zu Fuß oder mit dem Rad ihre Schule und Freizeitaktivitäten zu erreichen, daher sicherer (Schul-)wegkonzept, breite und sicherere Radwege und ein ÖPNV-Netz, das auch wirklich zuverlässig und Kinder in kurzer Zeit zur Schule bringt!**

**Nachverdichtung Baugenehmigungen in diesem Bereich müssen beinhalten: Verpflichtung, für die entstehenden Wohneinheiten, ausreichende Flächen vorzuhalten für eine Nutzung durch Betreuungseinrichtungen und Grundschulen und auch weiterführende Schulen und / oder Turnhallen. Diese Verpflichtung muss bedeuten, dass Baugenehmigungen nur unter Erfüllung dieser Auflagen erteilt werden dürfen. Beispiel Gallus, sehr viele neue Wohnungen + keine Grundschule ?!**

**Vielfältiges Wohnen, Integration & Inklusion Neue Heimat für Anerkannte Geflüchtete & Frankfurter Hoffnungslose**

**Aufstocken vom Bestand: Bedarf: +70.000 ~ +10%**

**Lösungsvorschlag: 1 Stockwerk auf 4-stöckiges Gebäude = +25% geht sicher nicht überall, kann aber einen großen Beitrag liefern!**

**Thema steigende Baukosten: Neben dem wichtigsten Punkt „Grundstücke“ nicht zu vergessen: Die ständig steigenden Baunebenkosten für immer mehr Gutachten, die mit eingereicht werden müssen (Beispiel: Lärmgutachten für relativ unkomplizierte Abbruchmaßnahmen)**

**Wie auch immer Visionen / Konzepte gestaltet sind - schlüssig sollten sie sein!**

**Herr Josef, Sie haben mal wieder gesagt, dass Sie nur noch über das „Wie“ diskutieren wollen. Aber das Parlament muss erst das „Ob“ der Josefstadt entscheiden!**

**Zur „Mobilität“ Lesen Sie alle mal das neue Buch von Klaus Gietinger „Vollbremsung“ → Autos raus aus der Stadt**